



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cl., G.: Randglossen zu Brest-Litowsk

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

können. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt wenige Tage später (9. Oktober) ein Artikel in „Mitteleuropa“. Auch er verweist darauf, daß ein vollständig sich selbst überlassener polnischer Staat uns gefährlich werden könnte, besonders wenn er auch ruthenische, weißrussische und litauische Gebiete umfassen würde. Eine Angliederung an Deutschland sei undurchführbar. Denn Polen kann kein deutscher Bundesstaat werden; die Verbindung mit einer Personalunion führt zu nichts; die Entsendung eines deutschen Fürsten nach Polen ist durchaus keine Bürgschaft für die Politik eines sonst selbständigen Polens. Ein neutralisiertes Polen würde das Schicksal finden, wie die seinerzeit am Wiener Kongreß errichtete Republik Krakau. So bliebe noch die Möglichkeit: Polen dem österreichisch-ungarischen Staate anzufügen.*)

Wie man sieht, führen diese Vorschläge dazu zurück, was in Österreich schon lange als der gangbarste Weg bezeichnet wurde. Ich habe das schon in „Polen und die polnisch-ruthenische Frage“ (Leipzig 1916) angedeutet, soweit es die Zensur möglich machte, und in dieser Zeitschrift (Nr. 29 dieses Jahres) als den gangbarsten Weg bezeichnet, von dem der Akt des 5. November 1916 abwich. Wie es dazu kam, möchte ich auch gegenwärtig unerörtert lassen. Ob die Schuld ganz Bethmann Hollweg trifft, oder ob es richtig sei, daß eine schon im November 1915 von Deutschland geplante Ordnung im Sinne der jetzt wieder aufgenommenen Form durch Ungarn verhindert worden sei, das die von Deutschland geforderten Garantien nicht bieten wollte, wird sich erst in Zukunft zeigen (siehe Grazer Tagespost 2. November 1917).

(Schluß folgt).



Randglossen zu Brest-Litowsk



Die Vorgänge in und um Brest-Litowsk finden eine blickartige Beleuchtung durch die in der sogenannten alldeutschen Presse („Rheinisch-Westfälische Zeitung“, „Deutsche Zeitung“, „Post“, Berliner und Leipziger „Neueste Nachrichten“) am Sonnabend und Sonntag verbreitete Nachricht, daß der Erste Generalquartiermeister der Armee Generalleutnant Ludendorff „wegen Brest-Litowsk“ sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe. Aus einer amtlichen Ablehnung geht hervor, daß ein solches Rücktrittsgesuch nicht vorliegt, soll wohl heißen, daß es nicht mehr vorliegt. Denn eine Nachricht von solcher die Stimmung aufpeitschenden und zugleich zermürbenden Tragweite, wie die vorliegende, wäre von einer verantwortungsbewußten Presse nicht verbreitet worden, wenn sie nicht tatsächlich der Wahrheit entspräche. Ludendorffs Entschluß scheint bei oder nach dem Kronrat vom 5. Januar erörtert worden zu sein. Unsere Lage in Brest-Litowsk hatte sich in der Tat so zugespitzt und wird durch die Haltung der „Mehrheits“-Presse weiter so auf des Messers Schneide gehalten, daß es nur erklärlich erscheint, wenn General Ludendorff sein

*) Wir machen auf die Stellungnahme unseres Herrn Herausgebers zur Lösung des polnischen Problems in Heft 49 der Grenzboten 1917 aufmerksam. Die Schriftleitung.

Am in die Wagschale werfen zu müssen glaubte, um zu retten, was noch zu retten ist. Die Armee hat uns unter der Führung der Hindenburg und Ludendorff aus den Krallen der Feinde befreit, in die wir geraten konnten dank Deutschlands so überaus schlechten militär-geographischen Lage vor dem Kriege. Vergessen wir niemals die Bedeutung jener Schlachten bei Tannenberg, an den Masurischen Seen, dann nach dem Rückzug Danzigs der um Lodz, denen später die großen Durchbruchsschlachten im Osten und Süden folgten. Und jetzt soll alles das umsonst gewesen sein? Jetzt sollen die Verhältnisse wieder hergestellt werden, die den Russeneinfall in Ostpreußen und Galizien möglich gemacht hatten, wo nicht nur unser ober-schlesisches Industrie-Revier, sondern auch Wien bedroht war? Und das in einem Augenblick, wo wir uns berechtigt glaubten, nach der Palme des Sieges zu greifen? In Brest-Litowsk wird der Krieg gewonnen oder verloren! Des bleiben wir uns bewußt und ebenso, daß dem Unterliegenden die moralische Schuld am Kriege mit allen ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen auferlegt werden wird. Zum Siegen gehört auch der Mut und die Tatkraft, den Sieg politisch auszuwerten.

Ich möchte nicht gern in den Chorus derer einstimmen, die Herrn v. Kühlmann und seine Mitarbeiter als Dummköpfe behandeln. Doch scheint richtig zu sein, daß Herrn v. Kühlmanns Kraft nicht ausreicht, um zu verhindern, daß die Verhältnisse, die er bei seinem Amtsantritt vorfand, sich nicht zu „Gott gewollten Abhängigkeiten“ entwickeln. Und zu diesen Verhältnissen gehört vielleicht in erster Linie seine Stellung zum internationalen Sozialismus. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als habe Herr v. Kühlmann durchaus verkannt, wer sich uns eigentlich als russischer Friedensunterhändler nahte, und welche innere Gründe die Herren Lenin und Trozki ermutigten, gegen den Willen eines großen Teiles des russischen Volkes mit uns einen Waffenstillstand abzuschließen. Man komme mir nicht mit dem Hinweis auf den Zusammenbruch der russischen Armeen. Gewiß, die Armee war geschlagen, aber wir hätten sie vielleicht nicht so bald geworfen, wenn nicht die Fäulnis der russischen Gesellschaft sie dem radikalen Sozialismus ausgeliefert hätte, diesem schleichenden Gift, das sich an alle schwachen Organe der Volksgemeinschaft setzt. Man glaubt mit Rußland zu verhandeln und verhandelt doch mit den Abgesandten der internationalen Revolution. Rußland ist durch das Zusammenwirken dieser Revolution und unserer Schläge zusammengebrochen, jetzt sollen wir an die Reihe kommen und unter dem Zusammenwirken der Westmächte und der Revolution ins Knie gebeugt werden.

Vergegenwärtigen wir uns doch, was in Rußland unter der Regierung, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten zur Grundlage der politischen Ordnung auf der Welt bestimmt hat, geschieht: die Selbstbestimmung ist gebunden an die Weisung, daß sie sich nach angeblich demokratischen Grundsätzen richtet. In Wirklichkeit werden alle Möglichkeiten für eine Demokratie beseitigt, indem die betreffenden Gebiete zunächst der Anarchie ausgeliefert werden. Daß die zarische Regierung gestürzt wurde, hatte Sinn vom demokratischen Standpunkt aus; daß aber in Reval der Estländischen Ritterschaft, einem Organ der Selbstverwaltung, das Vermögen fortgenommen wird, ist ein schwerer Vorstoß gegen den Grundsatz der Selbstbestimmung. Daß den Herren Lenin und Trozki im übrigen an der Volksgesamtheit nicht gelegen ist, sondern ausschließlich an dem Wohlergehen ihrer

verhältnismäßig kleinen Gefolgschaft, das geht hervor aus der Veraubung der Privathanken. Nicht Volkswohlfahrt steht auf dem Panier der russischen Sozialisten, sondern Klassenkampf, Anarchie. Und dieselbe Anarchie, die sie in Rußland verbreitet haben, wünschen sie nun zuerst in die von uns besetzten Gebiete hineinzutragen und, nachdem sie alles verseucht und verwüßt haben, zu uns. Wir sollen unsere Truppen zurückziehen und ihre Agenten einlassen; wir sollen unsere Freunde und Stammesgenossen in den baltischen Provinzen, in Litauen und Polen einer künstlich entflammten Volkswut preisgeben und damit unser Ansehen bei den kleinen Nationalitäten. Diesem Streben der Russen kommen alle jene Kreise bei uns und bei unsern Bundesgenossen bewußt oder unbewußt entgegen, die glauben an die Formel vom 25. Dezember 1917 gebunden zu sein.

Was man sich von der Formel „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ verspricht, ist ja klar: man denkt vor allen Dingen daran, England zugunsten unseres türkischen Bundesgenossen zu schädigen; man ist überzeugt, daß, wenn wir selbst das Selbstbestimmungsrecht der kleineren Nationalitäten wahren, Ägypten und Indien bei uns Rückhalt in ihrem Kampf um die Selbstständigkeit suchen werden. Das ist alles viel zu künstlich und weitblickend gedacht. Zeigen unsere Unterhändler auch nur einen Anflug von Schwäche, indem sie vor den Ansprüchen, den Annäherungen der Bolschewiki zurückweichen, so gehen wir des Vertrauens verlustig, das wir uns in diesem Kriege in blutigen Schlachten erkämpften. Nur Kraft gebiert Vertrauen, — der Unterliegende trägt die Verantwortung am Weltkriege!

Aber auch für unser künftiges Verhältnis zu Rußland ist es unbedingt erforderlich, daß wir den Ansprüchen der Bolschewiki gegenüber standhalten. Mit dem künftigen Rußland, das ein bürgerliches auf dem Individualbesitz begründetes sein wird, können wir nur in vertrauensvolle Beziehungen kommen, wenn wir uns stark als Beschützer des Privatbesitzes und legitimer Rechte erweisen. Wir werden einen großen moralischen Sieg und daraus folgend einen praktischen Sieg in Rußland erringen, wenn wir die heutigen russischen Unterhändler bewerten als anarchistische Ideologen, die von den Idealen eines Marx und Engels, wie von dem edlen Willen des Sozialismus überhaupt nicht einen leisen Hauch verspürt haben.

Nicht wir sind auf Lenin, Trotzki und Genossen angewiesen, wohl aber sie auf uns: sie können aus unserer Hand den Frieden empfangen, dessen sie bedürfen, um Rußland einer ruhigen Entwicklung entgegenzuführen. Wollen sie den Beweis für ihre menschenfreundliche Gesinnung erbringen, so mögen sie bei sich zu Haus beginnen: das heilige Rußland ist gewiß ein ansehnlicher Teil der Erde. Den Weltfrieden herbeizuführen, haben sie weder die physische noch die moralische Kraft.

Berlin, den 6. Januar 1918.

G. Cl.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Vichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Zernsprecher des Herausgebers: Amt Vichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bürow 6510
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.